



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

Antrag Nr. 11

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
an die 171. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 25. Oktober 2018

NACHVERDICHTUNG – WOHNRAUM SCHAFFEN

Die intensivere Nutzung und Ergänzung von schon bebauter Fläche kann eine wichtige zusätzliche Möglichkeit zur Schaffung des dringend benötigten Wohnraums sein. Konkret ist damit das Weiterbauen und das Optimieren bestehender Strukturen gemeint. Sei es durch die Nutzung von Baulücken, durch Dachaufstockungen, durch Überbauung von Garagen und Einkaufszentren. Es geht darum, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um leistbaren Wohnraum zu realisieren und dem beachtlichen neuen Wohnbedarf zu entsprechen. Denn die Stadt braucht dringend Wohnraum, der auch für nachkommende Generationen leistbar bleibt.

Sowohl bei den Genossenschafts- und Gemeindebauten als auch bei den privaten Gründerzeithäusern könnten so jährlich mindestens 2.000 dringend benötigte zusätzliche Wohnungen geschaffen werden. Der Ausbau von bestehenden Bauten muss mit spürbaren Verbesserungen für die alteingesessenen BewohnerInnen einhergehen. Nur so kann man den Ausbau von Wohnsiedlungen sozial verträglich gestalten. Ausbavorteile für die BewohnerInnen könnten sein: Schaffung altersgerechter, moderner Wohnungen, Thermische Sanierung zur Reduktion der Heizkosten, altersgerechte Infrastruktur, Lifteinbau, bessere Anbindung an die Öffis, Zufahrten, Grünflächen, Radwege, Durchgänge und soweit technisch möglich und finanziell vertretbar die Begrünung von Dächern und Wänden.

Forderung:

- Der Ausbau auf Flächen des geförderten Wohnbaus der Stadt Wien und der Wohnbaugesellschaften muss weiter vorangetrieben werden. Nur so können günstige Flächen für die Schaffung leistbarer Wohnungen genutzt werden.
- Die Grundstücksreserven der öffentlichen Hand dürfen nicht verkauft werden, sondern müssen vorrangig für den geförderten Wohnbau gesichert und im Baurecht vergeben werden.
- Die effiziente Nutzung von schon bebauten Grundstücken für den geförderten Wohnbau muss eine neue und prioritäre Aufgabe in der Stadtverwaltung werden.
- Der Ausbau von privaten Gründerzeitbauten und Altbau-Dachgeschossen zu teuren Luxuswohnungen darf nicht zur ungebremsen Verdrängung von alteingesessenen BewohnerInnen aus ihren Wohnbezirken führen. Um die gute soziale Mischung Wiens zu halten und dem Luxus-Dachgeschossausbau entgegenzuwirken sollten private Projektentwickler bei Nachverdichtung verpflichtet werden, einen Sozialwohnungsanteil bei Projekten vorzusehen.
- Bei Nachverdichtungsprojekte müssen Alt-MieterInnen umfassend, von Beginn an einbezogen und ihre Rechte gestärkt werden. Der Ausbau muss mit spürbaren Verbesserungen für die alteingesessenen MieterInnen einhergehen und sozial verträglich gestaltet werden. Alte und neue BewohnerInnen müssen gleichermaßen profitieren: Etwa durch die Schaffung altersgerechter, moderner Wohnungen, durch thermische Sanierung zur Reduktion der Heizkosten oder durch die Nachrüstung altersgerechter Infrastruktur.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig